

St. Galler Manifest gegen die Durchsetzungsinitiative - für den Rechtsstaat

Am 28. Februar kommt die sogenannte Durchsetzungsinitiative zur Abstimmung. Sie greift wichtige Pfeiler unserer Rechtsordnung an und ist deshalb ein Spiel mit dem Feuer. Die Schweiz lebt seit 150 Jahren gut mit dem Prinzip der Gewaltenteilung: Zuerst legt das Volk die Grundsätze für unser Zusammenleben in der Verfassung fest. Gestützt darauf erlässt das Parlament die Gesetze. Und diese werden von den Gerichten im Einzelfall angewendet. Mit der Durchsetzungsinitiative aber wird das Parlament schachmatt gesetzt, indem die Gesetzesanwendung bereits bis zum kleinsten Detail in der Verfassung geregelt werden soll.

Die Initiative wirft alle Menschen ohne Schweizer Pass in einen Topf, gleichgültig ob diese vielleicht bereits seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und ihre Steuern bezahlen. Selbst Secondos und Secondas müssten unser Land schon wegen Bagatelldelikten verlassen. Die Schwere des Verschuldens und die anderen Tatumstände wären bedeutungslos. Ebenso wenig könnte geprüft werden, ob jemand überhaupt einen Bezug zum Land seiner Eltern hat und dessen Sprache beherrscht. Ausländerinnen und Ausländer hätten stets zu befürchten, dass ein Familienmitglied aus der Schweiz weggewiesen würde. Kinder müssten sich ständig um ihre Eltern sorgen, Eltern um ihre Kinder. Den Richterinnen und Richtern wären die Hände gebunden: Aufgrund des Ausschaffungsautomatismus könnten sie im Einzelfall nicht mehr zwischen öffentlichem und privatem Interesse abwägen. Damit wäre der Grundsatz der Verhältnismässigkeit für einen Viertel der Bevölkerung abgeschafft; zwei Millionen Menschen würden zu Bürgern und Bürgerinnen zweiter Klasse. Dies ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und zutiefst unschweizerisch!

Vorprogrammiert wären auch (weitere) Konflikte um die Bilateralen Verträge und die Europäische Menschenrechtskonvention. Letztere schützt nicht nur Ausländer und Ausländerinnen, sondern auch jeden Schweizer und jede Schweizerin vor willkürlichen und unverhältnismässigen Eingriffen des Staates in die persönliche Freiheit. Wir rufen deshalb alle besonnenen Bürgerinnen und Bürger auf, dieser Initiative keine Chance zu geben. Die Antwort am 28. Februar kann nur sein: Nein!

Manifest unterzeichnen: www.manifest-für-rechtsstaat.ch